



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Mieterbund und Haus & Grund fordern einen Kurswechsel für eine zukunftsfähige Wohnungspolitik

04.11.2024 Fachinformation

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 4. November 2024 forderten der Deutsche Mieterbund und Haus & Grund Deutschland von Regierung und Fraktionen, noch vor der Bundestagswahl 2025 endlich Maßnahmen einzuleiten, die zu mehr Neubau führen. Konkret soll durch ein Zinsverbilligungsprogramm für den Wohnungsbau; einer Mobilisierung von Bauland; der Reform der Grunderwerbsteuer und Vermeidung von Share Deals; der Reduzierung der Bürokratie sowie von Abgaben und Steuern beim Bau von Wohngebäuden sowie der Abschaffung nicht notwendiger technischer Standards und DIN-Normen im Bauwesen eine zukunftsfähige Wohnungspolitik erreicht werden.

„Die Ampel-Regierung ist mit ihrem Vorhaben, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, 100.000 davon öffentlich gefördert, gescheitert. Von den 2023 knapp 300.000 neu gebauten Wohnungen sind weniger als ein Drittel klassische Mietwohnungen und weniger als ein Zehntel bezahlbare Sozialwohnungen. Die Bundesregierung muss jetzt handeln, anstatt weiter Zeit zu verlieren“, erklärt der Präsident des Deutschen Mieterbundes, **Lukas Siebenkotten**.

Der Deutsche Mieterbund und Haus & Grund Deutschland vertreten zusammen mehr als 4 Millionen Mitglieder. „Notwendig sind jetzt schnelle und umfassende Lösungen, mit denen die hohen Mietbelastungen gestoppt, Spekulationen von großen Investoren mit Grund und Boden verhindert und der Neubau von bezahlbaren Wohnungen deutlich gesteigert werden kann. Wir brauchen mehr staatliches Engagement und umfassende öffentliche Förderung auf den Wohnungsmärkten“, fordert **Siebenkotten**.

Quelle: Deutscher Mieterbund; Haus & Grund Deutschland

Zum Forderungskatalog: <https://mieterbund.de/app/uploads/2024/10/Forderungskatalog-DMB-und-HuG.pdf>

<https://bbu.de/beitraege/mieterbund-und-haus-grund-fordern-einen-kurswechsel-fuer-eine-zukunftsaehige-wohnungspolitik>